



Eidgenössisches Amt für Grundbuch- und Bodenrecht
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per Mail: egba@bj.admin.ch

Bern, 29. April 2019

Bundesgesetz über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen und Änderung der Grundbuchverordnung: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zu oben genannter Vernehmlassung Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Die Mitglieder des Schweizerischen Städteverbandes begrüßen die Stossrichtung der Vorlage und haben keine Änderungsanträge. Der Städteverband unterstützt die Fortsetzung des bereits begonnenen Prozesses zur Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen und begrüsst die nächsten Schritte zum papierlosen Büro wie auch die Einführung eines zentralen Registersystems auf Bundesebene anstelle von kantonalen Lösungen.

Der Städteverband erachtet es jedoch als wichtig, im Rahmen solcher Digitalisierungsprojekte konsequent auf die damit verbundenen Sicherheitsaspekte hinzuweisen. Bezüglich der bundesrechtlichen Vorlage wird der Qualität der Verschlüsselungs- und Signaturtechnik resp. Gründlichkeit der Prüfung und Identifikation resp. Authentifikation höchste Wichtigkeit zukommen, da diese letztlich über die Qualität des digitalen Zertifikats entscheidet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Stv. Direktor

Martin Tschirren

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband